

Datum: 24.05.2003

Titel: Zivilgesellschaft – eine theoretische Kategorie zur kritischen Analyse gesellschaftlicher Formen der Organisation von Verantwortung

Veranstaltung: Universität Athen

Vortrag von Univ. Prof. Dr. Thomas A. Bauer

---

Zivilgesellschaft ist eine demokratietheoretische Kategorie, in der sich die Vorstellung ausdrückt, dass gesellschaftlich und politisch relevantes Handeln nicht immer und nicht unbedingt in staatlich organisierten bzw. institutionalisierten Kontexten ereignen muss. Gesellschaftlich relevante Zielsetzungen und Entscheidungen und daraus folgende Handlungen, die unter den Bedingungen

- informeller Regelung von Verantwortung
- selbstregulierter Vergabe von Rollen und Funktionen
- und unter der Bedingung der reflexiven Verantwortung

geschehen, verzichten auf eine übergeordnete Regelung und sind dennoch politisch relevante Vorgänge. Im Verhältnis zur politischen Gesellschaft sind sie wie Teilsysteme, die Strukturen für Leistungen/Funktionen entwickeln, die von einer politisch organisierten Gesellschaft nicht (mehr) frei von Systeminteressen erbracht werden.

Diese Teilsysteme haben es an sich, dass gesellschaftliche Entscheidungen/Handlungen nur mehr im Rahmen selbstreferentieller Systeme verhandelt werden müssen, wobei dies als problematisch angesehen werden kann, weil die für umfassende Problemlösungen notwendigen Ressourcen in den Teilsystemen oft nicht in ausreichendem Maße integriert sind. Aber zivilgesellschaftliche Akteure verstehen sich in gewissem Sinne als Gegenspieler staatlicher Einrichtungen, weil deren Problem wiederum ist, sich nicht in ausreichendem Maße den subjektiven Bedürfnissen zuzuwenden. Die Repräsentation offizieller/offiziöser Einrichtungen hat eine hohe und generelle Reichweite, aber geringe (subjektiv relevante) Tiefe. Die Reichweite der zivilgesellschaftlichen Einrichtungen hat dichte (subjektive) Tiefe, aber geringere soziale bzw. generelle Reichweite.

Für die differenzierte Betrachtung von Öffentlichkeit heißt das: Die medieninduzierte Öffentlichkeit hat eine hohe generelle (offiziöse) Reichweite, aber integriert kaum den subjektiven Faktor (Wahrnehmung, Bedeutung, Wirkung) der kommunikativen Meinungsbildung. Die netz-induzierte Öffentlichkeit mischt den subjektiven Faktor stark ein, erlangt aber nicht den offiziellen Status.

Obwohl in westlichen Gesellschaften die repräsentative Demokratie gilt, die davon ausgeht, dass politische Entscheidungen nach dem Willen der Volkssouveränität getroffen werden, wird in Frage gestellt, ob dieser Wille in der realen Politik auch entsprechend berücksichtigt wird. Es fehlt (nach Habermas) an der Rückkoppelung der Meinung der Bevölkerung an das politische System. Größtenteils beschränkt sich diese darauf, bei Wahlen ihre Stimme abzugeben. Habermas stellt aber auch grundsätzlich in Frage, ob sich dieser Wille überhaupt noch bilden kann, weil diese Konstituierung eine selbsttätige Meinungsbildung in Auseinandersetzung mit politischen und soziokulturellen Medieninhalten erfordert, die sich nicht dem präformierten Meinungskanon fügt. Massenmedien können offenbar die notwendige Transparenz gesellschaftlicher Problemlagen sowie die ausreichende Distanz zu Herrschaftsstrukturen und -prozessen nicht herstellen. Sie sind aufgrund ihrer eigenen

Interessenslage und aufgrund der Organisationsmechanismen ihrer Interessen (zu) stark eingemischt in die Produktions- und Reproduktionsstrategien (Legitimationsmuster) der institutionellen Politik. Ihre Öffentlichkeitsleistung ist in diesem Sinne immer die legitimatorische Repräsentation institutionalisierter Interessen.

Die Neuen Sozialen Bewegungen gelten als zivilgesellschaftliche Akteure. Das sind Assoziationen von Bürgern, die sich aus heterogenen Kritiken an der (westlich organisierten) Zivilisation zusammenschließen und immaterielle Werte betonen. Bekannte neue soziale Bewegungen sind z.B. "Greenpeace" oder "attack". Beispiele für Kritiken sind die zunehmende Kommerzialisierung, Technisierung und Bürokratisierung sozialer Beziehungen, Zerstörung kleinräumiger, persönlich überschaubarer Lebens- und Arbeitsbereiche, wachsende Abhängigkeit von anonymen, technokratischen Kontroll- und Herrschaftsapparaten, wachsende Rüstungsspirale und Kriegsgefahr sowie explosiv wachsende Welthungerprobleme.

In der gesellschaftlichen Organisation versuchen zivilgesellschaftliche Gruppen, die staatlichen Organisationsweisen zu umgehen. Einerseits, weil diese Organisationsweise als ausschlaggebend für die sich bietende Problematik gesehen wird. Die Assoziationen sollen jenseits von Markt [Privatwirtschaft] und Staat [Öffentlicher Dienst] sein und weitestgehend nicht mit ökonomischen Zielen assoziiert sein, weil man grundsätzlich einer reduktionistischen Sicht auf das "gute Leben" entgegenwirken will. Andererseits sind die gesamtgesellschaftliche Relevanz solcher Gruppen nicht derart im Bewusstsein, dass sie auch gar nicht institutionalisiert werden, dh., meist keine finanziellen Ressourcen erhalten. Sie beschränken sich meist auf Vereine.

Dadurch, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure nicht formal in das politische System integriert sind, verfolgen sie oft unkonventionelle Strategien zur Artikulation ihrer Problemsichten. Öffentlich wirksame Spektakel wie z.B. "Greenpeace".

Man kann die zivilgesellschaftlichen Gruppen danach unterscheiden, ob sie sich um materielle Ressourcen bemühen oder unserer Zeit gemäß sich auf die Produktion von Zeichen, Symbolen und sozialen Beziehungen konzentrieren. Die Grenzen sind aber fließend, weil im Zuge des Postfordismus der Staat sein Aktivitätszentrum verlagert. Standen im Fordismus die Verbesserung von technischen Bedingungen für eine profitable Produktion im Vordergrund begleitet von einer entsprechend ausgiebigen wohlfahrtsstaatlichen Sorge für die "sozialen Requisiten", so sind die Prioritäten im Postfordismus in der Intensivierung des internationalen Wettbewerbs, der Globalisierung, etc. zu finden. Im Zuge dessen entstanden weltweit auch zahlreiche Gruppierungen, die ihre kollektive Identität um Themen wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, etc. reflektieren und definieren.

### **Das Problem der Vermittlung der dort entwickelten Meinungen an die Öffentlichkeit**

Theoretiker, die sich mit dem Problem befassen, wie die zivilgesellschaftlichen Anliegen in die Öffentlichkeit transportiert werden können, gehen eher von einer systemtheoretischen Konzeption von Öffentlichkeit aus – zu Recht im Gegensatz zu Habermas.

"Will man aber stattdessen von etwas ganz Anderem reden - sagen wir einmal: vom Leben oder von gesellschaftlichen Wünschbarkeiten ohne Achtung des Bestehenden, also nicht bloß von der weiteren, immerfort in sich selbst zurücklaufenden Ausdifferenzierung dessen, was ist

- dann ist das unter diesen Verhältnissen bereits ein Akt praktischer Kritik, der sich ernsthaft mit den Verhältnissen anlegt und sich Gegnerschaft aus allen Richtungen zuzieht." [Gerhard Raunig]

Die Bedürfnisse, die gesellschaftlich als wünschenswert erachtet werden, werden von Medien präformiert: "Mit der fortschreitenden Mediatisierung und Vermitteltheit unserer Zeit entwickeln sich die Medien zu einem eigenen "Zeichensystem, das sich jeden Bezug auf eine Realität außerhalb seiner selbst entledigt, jede Möglichkeit einer Realität außerhalb seiner selbst negiert und schon dadurch jeden normalsprachlichen Zusammenhang, jede normalsprachlich, argumentative Verständigung tötet." [Gerhard Raunig]

Indem Medien unseren gesellschaftlichen "common sense" bilden und wir durch Medien sozialisiert werden, bildet sich eine "Hyperrealität", in der die Beziehung zwischen Text und Referent, zwischen medialer Fiktion und von ihr zu repräsentierender Wirklichkeit höchst problematisch geworden ist.

Das wird vor allem vorgebracht, wenn man sich damit beschäftigt, warum der Versuch, Menschen für politische Anliegen zu sensibilisieren, scheitert.

Genau so gilt das aber auch für die gesellschaftliche Mobilisierung und Sensibilisierung für die Probleme von Randgruppen. Damit diese stattfinden kann, müssen sie ihre Sinnenwelt und die davon ausgehenden Deutungen in den kollektiven Wissensvorrat einlagern. Eine erfolgreiche Thematisierung der Lebenslage Not leidender Gruppen setzt voraus, dass sie als allgemein bedeutsam wahrgenommen und als unhaltbar bewertet werden. Dies kann durch Situationsdefinitionen erreicht werden, die das jeweilige Problem als Störung der Sozialordnung auszeichnen und als Abweichung von Werten und Normen erfassen, die dem Zusammenhalt der Gesellschaft zugrunde liegen.